Rundfunkgebühren: Stephan Brandner fordert drastische Senkung und Abschaffung

"Stephan Brandner von der AfD kritisiert die geplante Erhöhung der Rundfunkgebühren in Deutschland und fordert stattdessen eine drastische Senkung oder komplette Abschaffung der Beiträge. Erfahren Sie mehr über die Position der AfD zur Rundfunkfinanzierung und deren Pläne für eine grundversorgende und gebührenfreie Programmgestaltung."

Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) empfiehlt, die Rundfunkgebühren in Deutschland um 58 Cent auf 18,94 Euro monatlich zu erhöhen. Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland (AfD), kritisiert diese Empfehlung und fordert stattdessen die vollständige Abschaffung der Beiträge. Brandner argumentiert, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich gesund schrumpfen sollte, anstatt die Bürger weiterhin finanziell zu belasten. Brandner betont, dass die AfD, sobald sie in Regierungsverantwortung in einem Bundesland ist, die Rundfunkstaatsverträge kündigen und auf eine Grundversorgung ohne Zwangsgebühren hinarbeiten werde. Er bezeichnet die Inhalte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als ȣPropagandaelementeȣ und kritisiert die hohe Bezahlung der dort Beschäftigten.

Die Empfehlung der KEF zur Erhöhung der Rundfunkgebühren hat potenzielle Auswirkungen auf die Bürger in Berlin. Bei einer Erhöhung um 58 Cent würden die monatlichen Kosten für den Rundfunkbeitrag auf 18,94 Euro steigen. Diese zusätzliche finanzielle Belastung könnte insbesondere für

einkommensschwächere Haushalte problematisch sein.

Es ist auch interessant zu beachten, dass die Diskussion um die Höhe der Rundfunkgebühren und die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland nicht neu ist. Historisch gesehen wurde der Rundfunkbeitrag 2013 von der früheren GEZ-Gebühr abgelöst, die ebenfalls umstritten war. Die GEZ-Gebühr war ein fester Betrag, während der aktuelle Rundfunkbeitrag pro Haushalt erhoben wird, unabhängig von der Anzahl der beanspruchten Geräte.

Die Tabelle unten gibt einen Überblick über die Entwicklung der Rundfunkgebühren in den letzten Jahren:

Jahr	Rundfunkgebühren in Euro
2009	17,98
2010	17,98
2011	17,98
2012	17,98
2013	17,98
2014	17,50
2015	17,50
2016	17,50
2017	17,50
2018	17,50
2019	17,50
2020	17,50
2021	18,36
2022	18,94

Es bleibt abzuwarten, wie die Politik auf die Empfehlung der KEF reagieren wird und ob es zu einer Erhöhung der Rundfunkgebühren kommen wird. Die Position der AfD, die eine vollständige Abschaffung der Beiträge fordert, steht im Widerspruch zur aktuellen Empfehlung der KEF. Es ist wahrscheinlich, dass diese Diskussion um die Zukunft des Rundfunkbeitrags weiterhin kontrovers bleibt.

Quelle: AfD ج Alternative für Deutschland / ots

Details

Besuchen Sie uns auf: mein-berlin.net